

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur:
Rieser Tageblatt
Bismarckstr. 20.
Postfach Nr. 82.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:
Rieser 1530.
Stroßlaß:
Rieser Nr. 82.

Nr. 209.

Sonnabend, 7. September 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Auslagen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Gehälter an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Fortsetzung der Generalausprache in Genf.

Unfall eines Kleinluftschiffes.

Leipzig. (Zuntzdruck.) Das Luftschiff „N. 27“, das heute früh zu einem Probeflug nach Magdeburg gestartet war, mußte infolge Ausfallens eines der beiden Motoren in Leipzig eine Zwischenlandung vornehmen. Da nicht genügend Vorkenntnisse vorhanden waren, zog der Führer Raab die Reihleine. Das Luftschiff hat außer einem Propellerbruch keine Beschädigung erlitten.

Eine andere uns zugehende Meldung besagt:

Das Kleinluftschiff der Fa. Raab-Kagenstein in Kassel, das mit dem Konstrukteur und Kunstflieger Raab und einem Steuermann besetzt war, erlitt heute mittag bei Leipzig einen Motordefekt und wollte in Leipzig-Rodau notlanden. Der Steuermann war bereits ausgestiegen und wollte das Luftschiff an einem Baum festbinden. Es wurde jedoch von einer Welle erfasst, riß sich los und wurde in Richtung Thelma abgetrieben. Raab ließ das Gas ab und konnte in der Nähe von Thelma niedergehen, dabei wurde das Luftschiff beschädigt. Es wird nach Leipzig-Rodau gebracht werden, wo es wieder in Stand gesetzt werden soll.

Bomben = Politif.

Ein Jahr der Bombenattentate haben wir jetzt hinter uns. Das neue Linienburger Attentat macht das Duzend voll. Die meisten sind in Schleswig-Holstein begangen worden: in Dänke, in Lunden, in Heidenfleth, in Wesselsburen, in Jhebor, in Hohenwegstedt, in Ribüll und in Schleswig selbst. Dazu kommen dann die Linienburger Attentate und der Bombenanschlag auf den Reichstag. Immer sind es dieselben Höllenmaschinen, die da konstruiert werden; immer ist es dieselbe politische Primitivität, die auf solche Weise glaubt Einfluß auf die Reichspolitik gewinnen zu können. Es ist wie eine Epidemie. Wenn der Farmer Kanagopp die Ungebulb packt über die langsame Behandlung seiner privaten Angelegenheiten, dann marschiert er mit der Höllenmaschine zur Behörde. Wenn einer gegen die sozialdemokratische Politik eine Wort auf dem Herzen hat, dann kündigt er dem Vorwärts-Gebäude einen Bombenbesuch an. Ein Geisteskranker legt eine Bombe in ein Postamt. Recht kunnlos, denn die Post hat wirklich mit Politik nun gar nichts zu tun. Sie kann weder den Agrariern höhere Subventionen verschaffen, noch den Abban der Arbeitslosenversicherung beschleunigen, noch sonst so etwas Rehnliches ausrichten. Aber sind nicht die anderen Bombenattentäter, die sich mit klarerem Bewußtsein wirklich politische Objekte ausfuchen, nicht schließlich in ihrem geistigen Habitus ebenso zu bedauern, wie der Narr, der in der Berliner Alexanderstraße seine Sprengbombe ablegt? Wir pflegen uns hoch erhaben zu dünken über die Bettel der Reherverbrönnungen und der Herenverfolgungen und sprechen von einer sonderbaren Geistes-Epidemie. Auch den Gang zur Einledelei oder die Geistesfabriken und ähnliche „Kulturereignisse“ bringen wir in dieser Rubrik unter. Wenn sich aber spätere Jahrhunderte von dieser Reihe von Bombenattentaten in dem Deutschen Reich von 1929 erzählen lassen, werden sie nicht auch den Kopf schütteln? Werden sie nicht auch von einer geistigen Epidemie sprechen? Freilich liegen heutzutage die Ursachen einer solchen Epidemie etwas deutlicher zutage. Man braucht nur gewisse Zeitungen zu lesen oder gewisse politische Versammlungen zu besuchen, dann wundert man sich schließlich über gar nichts mehr, am wenigsten über diese, durch planmäßige politische Hege vermittelten Bombenattentate. Sie sind ja eigentlich gar nicht die wahrhaft Schuldigen. Sie sind törichte Werkzeuge von schwer zu fassenden Drahtziehern. Was in ihrer Person an Schuld liegt, besteht meistens in der rohen Vorliebe für Gewalttätigkeiten, durch die sie für eine solche Art von Politik — wenn man das überhaupt noch Politik nennen will — geeigneter sind, als der anfängliche Durchschnittsmensch, der noch mit normalen psychologischen Bemessungen versehen ist. Ergreift man die Attentäter, so müssen sie natürlich für die Sünden der anderen, will sagen für die Sünden der politischen Hege, der Artikelschreiber und Versammlungsredner, büßen. Die letzteren kann man nicht fassen. Die waschen ihre Hände in Unschuld, wenn man auf den Zusammenhang zwischen diesen rohen Gewalttaten einerseits und ihren rohen, geschriebenen oder gesprochenen Worten andererseits hinweist. So haben sie es ja natürlich nicht gemerkt! Die Bombenattentäter haben sie nur mißverstanden! Barmherzig werden noch Protobis-

Die heutige Sitzung der Völkerverbundversammlung.

Stresemann spricht erst am Montag.

Genf. (Zuntzdruck.) In Fortsetzung der Generalausprache über den Rechenschaftsbericht gab heute vormittag der Führer der indischen Delegation Habib Ullah vor der Völkerverbundversammlung die Erklärung ab, daß Indien noch während dieser Tagung die Fakultativklausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des ständigen internationalen Gerichtshofes im Haag unterzeichnen werde. Wie verlautet, wird die englische Regierung die Fakultativklausel für die Dauer von 15 Jahren unterzeichnen mit dem einzigen Vorbehalt, daß Streitfälle zwischen den Staaten des britischen Weltreiches ausgenommen bleiben sollen. Kanada würde einer derartigen Formel zustimmen, während Irland und Südafrika vorziehen, vorbehaltlos beizutreten. Australien und Neuseeland verlangen eine Formel, durch die ein Eingreifen des Haager Gerichtshofes in Einwanderungsfragen ausgeschlossen wird. Die Verhandlungen über eine gemeinsame vorbehaltslose Formel, die ein gleichzeitiges Unterzeichnen durch alle Staaten des britischen Weltreiches ermöglichen würden, sind noch nicht abgeschlossen.

Genf. Im weiteren Verlauf der heutigen Vormittags-Sitzung der Völkerverbundversammlung kündigte auch der griechische Ministerpräsident Venizelos die bevorstehende Unterzeichnung der obligatorischen Schiedsgerichtsklausel an, die er noch während dieser Tagung vornehmen werde.

Das spanische Staatsmitglied Cuinones de Leon würdigte die Rolle, die die lateinamerikanischen Staaten immer mehr im Völkerverbunde spielen.

Der litauische Ministerpräsident Saldemaras entwickelte die wachsende Bedeutung der osteuropäischen Probleme, deren immer dringender werdende Lösung vor allem eine Frage der politischen Toleranz sei. Wenn der Völkerverbund sich nicht eines Tages von den Ereignissen unangenehm überraschen lassen wolle, müsse er den Ostproblemen und damit auch dem Minderheitenproblem, das trotz der sehr wesentlichen deutschen und kanadischen Anregungen immer noch mit unangenehmen Methoden bearbeitet werde, sein aktives Interesse zuwenden. Auf dem Wege zu Panropa müsse erst das Minderheitenproblem gelöst werden.

Vor Aufhebung der Sitzung teilte der Präsident mit, daß mit Rücksicht auf die verschiedenen Feierlichkeiten anlässlich der heute nachmittag erfolgten Grundsteinlegung des Völkerverbundpalastes die für heute nachmittag angelegte Vollversammlung nicht abgehalten wird. Dementsprechend wird Reichsminister Dr. Stresemann seine für heute nachmittag erwartete Rede erst in der nächsten Vollversammlung am Montag vormittag halten.

Die Vorgänge in Palästina vor dem Völkerverbundrat.

Genf. Bei der weiteren Aussprache über den Bericht des Mandatsauschusses kamen im Völkerverbundrat auch die Vorgänge in Palästina zur Sprache. Der Berichtskammer Procope-Finnland gab unter Hinweis auf den Charakter des Mandatsbegriffes und die Verantwortung des Völkerver-

verbundes für die Mandatsgebiete dem tiefen Bedauern über diese ersten Vorgänge Ausdruck.

Der englische Außenminister Henderson erinnerte an die Worte Macdonalds vor der Völkerverbundversammlung, daß die Opfer der Unterdrückung der englischen Regierung sicher sein können, und machte dann auf Grund des neuesten Berichtes des englischen Kolonialamts die Mitteilung, daß die Unruhen endgültig niedergeschlagen sind und die englische Verwaltung der Lage vollkommen Herr ist, er fügte hinzu die Aburteilung der Schuldigen solle nicht vor Kriegserklärungen sondern vor Sondergerichten erfolgen, die durch ihre Zusammenfassung geeignet seien, den Vorgängen unparteiisch Rechnung zu tragen. Die Unterdrückung der Ursachen und Gründe durch einen parlamentarischen Ausschuss, dem je ein Mitglied der drei Parteien des englischen Unterhauses angehört, sei bereits im Gange. Bis zum 31. August wurden geschätzt an Toten 88 Mohammedaner, vier Christen und 109 Juden, an Verwundeten, die in Krankenhäusern liegen, 122 Mohammedaner, zehn Christen und 183 Juden. Henderson wiederholte zum Schluß die unlängst von der englischen Regierung abgegebene Erklärung, daß England an dem Mandatsvertrag und an der Valfourerklärung von 1917 über die Errichtung eines jüdischen Nationalheims in Palästina festhält und seine bisherige Mandatspolitik in Palästina unanverändert fortsetzt. Der Berichtskammer sprach die Hoffnung aus, daß der Mandatsauschuss bis zu seiner Herbitagung von der englischen Regierung über die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchung Bericht erhält.

Verschiedene Staatsmitglieder, darunter auch Dr. Stresemann und Briand, sprachen ihrerseits das Bedauern über die Vorgänge in Palästina aus. Dr. Stresemann erklärte dabei: „Ich bin dem Herrn Vertreter Großbritanniens sehr dankbar dafür, daß er auf die Angelegenheit eingegangen ist. Ich denke, wir können mit Genugtuung feststellen, daß die britische Regierung alle Maßnahmen ergriffen hat, um diese Unruhen so schnell als möglich zu beenden, ihre Wiederholung zu verhindern und das friedliche Zusammenwohnen aller Bewohner des Mandatsgebietes zu gewährleisten. Ich habe das Vertrauen, daß es der britischen Regierung gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen.“

Briand erinnerte an die Maßnahmen, die Frankreich als benachteiligter Mandatsmacht sofort bei Beginn der Unruhen ergriffen hat, und sagte hinzu, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß, obwohl es sich bei dem Mandatsbegriff um einen vollkommen neuen internationalen Rechtsbegriff handele, die Verwaltung der Mandatsgebiete unter der ständigen Kontrolle des Völkerverbundes steht.

Einladung Briands an die Führer der europäischen Völkerverbundsdelegationen.

Genf. (Zuntzdruck.) Briand hat die Führer der europäischen Delegationen der Völkerverbundversammlung auf Montag mittag zu einem gemeinsamen Frühstück eingeladen, um vor seiner Rückkehr nach Paris einen ersten informellen Gedankenaustausch über seinen Plan, Schwärzung der Vereinigten Staaten von Europa herbeizuführen.

Zurücknahme des englischen Bohnendruckes aus dem Saargebiet.

Nach einer Blättermeldung aus Saarbrücken verlautet dort von gutunterrichteter Seite, daß die im Saargebiet als Bohnendruck nationalisierten englischen Truppenabteilungen bis spätestens zum 30. 10. zurückgezogen werden. Es sei anzunehmen, daß auch die belgische Regierung ihre Truppenabteilung aus dem Saargebiet zurückziehen wird. Ueber die Dispositionen des französischen Bataillons verlautet noch nichts.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums

Ist zum 14. und 15. 9. nach Koblenz zu einer Sitzung einberufen. Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die innerpolitische Lage, insbesondere die Frage der Arbeitslosenversicherung. Ferner findet auch eine Aussprache über die Ergebnisse der Haager Konferenz statt, über die Minister Dr. Brüning bekanntlich schon in der Freiburger Fraktionsfraktion Bericht erstattet hat.